

Fremde

Die Verpflegsfragen.

Gedanken über unsere Ernährungspolitik.

Aus einer Denkschrift des Kommerzialrates Julius Meinel.

Wir haben ein ganz neues Ernährungsamt. Die Männer an der Spitze, dann die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten bürgen dafür, daß etwas geleistet wird. Die Bevölkerung erwartet baldige Resultate; sie erwartet, daß die Härten im Ernährungswesen, unter denen besonders die Minderbemittelten leiden, alsbald beseitigt werden; sie erwartet, daß die Nahrungsmittel gleichmäßig verteilt werden, daß der Reiche, wenn er mehr bezahlt, nicht mehr bekommt als der Arme, und daß der Arme das Wenige, was ihm zugeteilt wird, nicht unter schwierigeren Verhältnissen erhält als der Reiche.

Wenn man nicht in einseitigen Anschauungen befangen ist, wenn man mit einem national-ökonomisch geschulten Verstand alle Verhältnisse prüft, so kommt man zu dem Schluß, daß wir bisher in Bezug auf die Kriegsvorgeschichte über das Stadium des Experimentierens kaum hinausgekommen sind. Die Experimente sind meist aus der Not des Augenblicks entstanden, die wenigsten haben bisher die Probe auf die Richtigkeit durchgemacht oder bestanden. Verordnungen wurden erlassen, um durch Gegenverordnungen teilweise wieder aufgehoben zu werden, und heute, nach zweieinhalb Jahren Krieg, stehen wir, daß trotz einer ins Ungemessene gewachsenen Gesetzgebung die notwendigen Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel immer knapper werden; da muß man sich doch fragen: Woher kommt dieser Mangel? Wir sind doch in Friedenszeiten zusammen mit Ungarn ganz gut ausgekommen. Wir in Oesterreich haben zwar in normalen Friedenszeiten einen jährlichen Zuschuß nötig gehabt; dabei hat aber die Bevölkerung damals viel mehr verzehrt, als sie jetzt bei den strengen Sparungsmaßnahmen verzehren kann. Wir haben ein solches System des Sparens eingeführt, daß wir doch auch ohne Zuschuß von außen auskommen müßten.

Auf die Frage, woher dieser Mangel, woher die Störungen bei der Versorgung unserer Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen zum Lebensunterhalt wichtigen Stoffen, kommt, will ich in nachstehenden Antworten geben, so gut es bei der Uebersicht, die wir heute besitzen, möglich ist.

Die große Produktion auf allen Gebieten des Erwerbslebens — in der Landwirtschaft, Industrie — dann die damit notwendige, aufs höchste gesteigerte Tätigkeit des Handels und der Güterbeförderung, waren Faktoren, mit deren Erhaltung, ja Steigerung man als etwas Selbstverständliches und für die Kriegsführung unbedingt Notwendigem rechnete. Unsere vorberühmte Produktion, unser ganzer Handel beruht auf dem Prinzip, möglichst viel Güter mit möglichst wenig Arbeit zu produzieren und dem Verbrauch zur Verfügung zu stellen. Das treibende Motiv dabei war selbstverständlich die Aussicht auf Gewinn. War in einem Artikel ein vorübergehender Mangel, so stiegen die Preise so lange, bis der neue Anreiz vorhanden war — für den Handel, den Artikel herbeizuschaffen, für die Produktion, den Artikel zu erzeugen. Kein Zweifel, daß die schrankenlose Freiheit von Handel und Produktion von Kriegsbeginn an nicht mehr beibehalten werden konnte. Die Gesetzgebung mußte eingreifen, um Auswüchse und Ausschreitungen zu verhindern. Was ist nun aber geschehen?

Man beschränkte sich nicht darauf, gegen die Ausschreitungen zu Felde zu ziehen (im Gegenteil, diesen ließ man recht lange vollkommen freies Feld), sondern man hat die Grundzüge, nach denen unsere ganze Volkswirtschaft eingestellt war, welche die Bedingungen des ungeachteten Aufschwunges der letzten Jahrzehnte waren, sozusagen gänzlich ausgehakt. Man war auf mehr als mittelalterliche Grundzüge zurückgegangen. Während aber im Mittelalter, und vielfach später, das Wirtschaftsleben durch Regeln gebunden war, die im Laufe von Jahrhunderten entstanden, durch wiederholte Ueberprüfungen verbessert wurden, deren Härten man durch Kompromisse gemildert hatte, führte man plötzlich neue Maßregeln ein, die in direktem Gegensatz zu allem standen, was bisher im Erwerbsleben für erlaubt, für vernünftig und ansähdig gegolten. Man hat sich über die Wissenschaft der Nationalökonomie einfach hinweggesetzt, als ob eine solche Wissenschaft überhaupt nie existierte, als ob ihre durch die Erfahrung erhärteten Grundzüge keine Gültigkeit hätten; man hat volkswirtschaftliche Zwangsmassregeln eingeführt, die ihren Ursprung vielfach nicht einer gründlichen Ueberlegung, sondern den unbesonnenen Forderungen einer schlecht informierten Politik der großen Menge verdanken.

Wir hätten trotz großer Ernten bei dem großen Sparen, das allgemein durchgeführt wurde, bei den großen Vorräten, die wir aus der Friedenszeit hatten, so auskommen müssen, daß es zu keinen Störungen in der Versorgung hätte kommen dürfen, und tatsächlich stellt der gesunde Menschenverstand, der nichts von Statistik weiß, den aber ein sicheres, aus der Erfahrung geborenes Gefühl leitet, immer und immer wieder die Frage: Wo ist das Getreide, wo ist das Fett, wo ist das Fleisch hingelommen? Man hat das Gefühl, daß diese Dinge da sind, in irgend einer Form, aber nicht dort, wo man sie braucht.

Ich will nicht dem schrankenlosen Wirtschaftsliberalismus aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das Wort reden. Unser wirtschaftliches Leben während des Krieges mußte kontrolliert werden, wenn wir durchhalten wollten. Zur Kontrolle notwendig war vor allem die Einführung der Verbrauchssteuer; zu diesen hat man sich aber bei uns in Oesterreich am allergeringsten und am letzten entschlossen. Hingegen hat man sofort die Verordnung gegen Preisereiberei in Aktion gesetzt. Nicht bald hat ein Gesetz, das gut gemeint war und das (wenn es im richtigen Geiste durchgeführt worden wäre) segensreich hätte wirken können, so viel Schaden und Unheil angerichtet wie dieses. Die Bestimmung der Preise hätte von Anfang an niemals in die Hände der in dieser Beziehung unkompetenten Richter gelegt werden dürfen, sondern eigene Stellen, ähnlich wie die Preisprüfungsstellen in Deutschland, hätten dabei entscheiden müssen. Gegen das grenzenlose und künstliche Hinauftreiben der Preise durch Elemente, welche mit der Produktion und dem legitimen Handel nichts zu tun haben, hätte man sich verhältnismäßig leicht durch ein Gesetz gegen den Kettenhandel schützen können. Der Kettenhandel ist übrigens durch einige Spezialorganisationen schon ausgeschaltet worden — ich nenne z. B. die Zuckerkentrale und die Kaffeezentrale.

Die wichtigsten Ausschreitungen, die zu fürchten waren, sind: 1. Das Hinauftreiben der Preise ins Wertlose, teilweise durch ungebührliche Forderungen der Produzenten oder der legitimen Händler; 2. die Preisereiberei durch Kettenhandel; 3. das Hinauftreiben der Preise durch unberufene Elemente, die ohne Sachkenntnis loslos alles zusammenkaufen, lediglich geleitet von der Gier nach großen Gewinnen; 4. das Ansammeln von übergroßen Vorräten durch die Konsumenten, und 5. der übermäßige Verbrauch der wohlhabenden Klassen auf Kosten der Minderbemittelten. Alles dies hätte man durch entsprechende Gesetze nicht nur erschweren, sondern unmöglich machen können. Innerhalb des Rahmens dieser Gesetze aber auf deren Befolgung — weil sie gerecht sind — man mit der größten Strenge bestehen könnte (was bei vielen der bisherigen Verordnungen man nicht immer mit gutem Gewissen tun kann), hätte man die Freiheit des Handels, die Freiheit der Produktion möglichst erhalten sollen, denn es ist klar, daß Tausende von Händen, die an der Erhaltung, Verwaltung, Aufbewahrung, Weiterbeförderung mit ihrem Vermögen, ja mit ihrer Existenz beteiligt sind, die Bewirtschaftung der Güter viel besser, ökonomischer werden durchführen können, als ein paar hundert Beamte, denen alles ungewohnt ist und nicht nahe liegt. Alle Achtung vor der Mäßigkeit unserer Beamenschaft! Es wird aber doch niemand behaupten wollen, daß auf den einzelnen Beamten ein Wagon verfallener Karosette so erschütternd wirkt wie auf den Besitzer dieses Waggons selbst.

Was nun die für die Ernährung wichtigsten Produkte, die landwirtschaftlichen, betrifft, so müssen wir, wollen wir unsere Bevölkerung mit genügenden Lebensmitteln versehen, in Zukunft trachten, den Bauer zu freudigem Schaffen anzuregen, desgleichen den Händler durch Aussicht auf entsprechenden Gewinn zu veranlassen, daß er das vom Bauern Geschaffene dorthin bringe, wo es gebraucht wird. Man soll sich nicht fürchten, daß der Händler die Ware aufstapelt und nicht verläuft wird; dagegen schärfen Gesetze. Im übrigen war es — seit die Welt besteht — immer das Interesse des Händlers, seine Ware zu verkaufen und nicht darauf sitzen zu bleiben, denn bei einer schlechten Konjunktur, wenn die Preise zurückgehen, kann er ja sein ganzes Vermögen und noch mehr als das verlieren.

Ich will durch diese meine Darlegungen nicht kritisieren, am allerwenigsten irgend jemanden anklagen, wir sind alle vor neuen Problemen gestanden. Es ist aber jetzt Zeit, daß man offen die Fehler einzieht, die man, wenn auch in der besten Absicht, gemacht hat, ja, die man machen mußte, weil jedwede Erfahrung mangelte. Nur so kann man verbessern, wo eine Verbesserung noch möglich ist. Wenn man sich über die Grundprinzipien klar ist, dann wird man im einzelnen Falle richtig entscheiden können. Vieles wird sich nicht mehr gut machen lassen, vielleicht aber wird meine Schrift dazu beitragen, die noch zu lösenden Aufgaben in klarem Licht zu stellen.

Vom Bund der deutschen Städte Oesterreichs.

Freitag den 19. d. M. findet im Gemeinderatssitzungssaal des Wiener Rathhauses eine erweiterte Ausschusssitzung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt, zu welcher

fämliche Städte und Märkte, die dem Bunde angehören, eingeladen wurden. Es sind bereits zahlreiche Anmeldungen erfolgt, so daß mit einer starken Beteiligung zu rechnen ist. Den Gegenstand der Beratungen werden die Ernährungsangelegenheiten bilden und die Sitzung wird die erwünschte Gelegenheit geben, den Standpunkt und die Wünsche der deutsch-österreichischen Städte der Regierung und insbesondere dem Amt für Volksernährung neuerlich zur Kenntnis zu bringen.